

DIE DUNKELHEIT DES POLITISCHEN HORIZONTS

SALZBURG 1933 BIS 1938 IN DEN
BERICHTEN DER SICHERHEITSDIREKTION

**Band 3: Der Sturm bricht los.
Vom Juli 1936 bis März 1938**

HERAUSGEGEBEN VON ROBERT KRIECHBAUMER



Robert Kriechbaumer: Die Dunkelheit des politischen Horizonts

Schriftenreihe des Forschungsinstitutes für politisch-historische Studien
der Dr.-Wilfried-Haslauer-Bibliothek, Salzburg

Herausgegeben von Robert Kriechbaumer · Franz Schausberger · Hubert Weinberger

Band 70,3



© 2020 by Böhlau Verlag Ges.m.b.H & Co. KG Wien
ISBN Print: 9783205232117 — ISBN E-Book: 9783205232124

Robert Kriechbaumer

Die Dunkelheit des politischen Horizonts

Salzburg 1933 bis 1938 in den Berichten der Sicherheitsdirektion

Band 3 : Der Sturm bricht los. Vom Juli 1936 bis März 1938

BÖHLAU VERLAG WIEN · KÖLN · WEIMAR

Veröffentlicht mit Unterstützung durch den Zukunftsfonds der Republik Österreich
und das Amt der Salzburger Landesregierung

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind
im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© 2020 by Böhlau Verlag Ges.m.b.H & Co. KG, Wien, Zeltgasse 1, A-1080 Wien
Alle Rechte vorbehalten. Das Werk und seine Teile sind urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen bedarf der vorherigen
schriftlichen Einwilligung des Verlages.

Umschlagabbildung:

Walter Leitner führt das Jungvolk beim nationalen Fackelzug an, unmittelbar hinter ihm
marschiert mit der Landesknechtstrommel der 14-jährige Erich Kirsch (21. Februar 1938).
Stadtarchiv Salzburg, Fotoarchiv Franz Krieger.

Korrektorat: Philipp Rissel, Wien
Einbandgestaltung: Michael Haderer, Wien
Satz: Michael Rauscher, Wien

Vandenhoeck & Ruprecht Verlage | www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com

ISBN 978-3-205-23212-4

All jenen gewidmet, die in bedrängter
Zeit zu Österreich gestanden sind.

Inhaltsverzeichnis

| | |
|-------------------|---|
| Vorwort | 9 |
|-------------------|---|

TEIL I VOR SONNENUNTERGANG – HISTORISCHE ENTWICKLUNGSLINIEN

| | |
|---|-----|
| 1. »Dieser Staat ist kein Staat. Sein Volk gehört zu uns und wird zu uns kommen.«. Außenpolitik in einer Phase des Endes der kollektiven Sicherheit | 15 |
| 2. »Wir haben den Führer verstanden.« Die österreichische NSDAP vom Juliabkommen bis zum Anschluss | 39 |
| 2.1 Chaos und Rivalitäten – die österreichische NSDAP am Vorabend des Juliabkommens | 39 |
| 2.2 Das Juliabkommen – Das trojanische Pferd der NSDAP | 46 |
| 2.3 Quo vadis NSDAP? Unterschiedliche Persönlichkeiten, unterschiedliche Konzepte, gemeinsames Ziel – Josef Leopold versus Arthur Seyss-Inquart | 51 |
| 2.4 Berchtesgaden – Der Durchbruch | 84 |
| 2.5 Vier Wochen im Februar und März 1938 – Doppelherrschaft und Dambruch | 100 |
| 3. »Die erste Aufgabe der illegalen Bewegung ist es, die Masse in sozialistischer Gesinnung zu halten. Die revolutionären Sozialisten | 111 |
| 4. Volksfront und österreichische Nation statt Diktatur des Proletariats. Wandlungen einer stalinistischen Partei – die KPÖ | 147 |
| 5. Landespolitik im Zeichen der Krise | 170 |
| 5.1 »Nationalsozialisten, wir sind so weit!« – Die Salzburger NSDAP | 170 |
| 5.2 »Arbeitslose und hungrige Personen sind bekanntlich eine Quelle der Unruhe und durch die Not geneigt, verderblichen Einflüsterungen von regierungsfeindlicher Seite ein williges Ohr zu leihen.« – Die Bemühungen um die Arbeitsbeschaffung | 208 |
| 5.3 »Wenn das amerikanische Publikum Österreich entdeckt hat, so hat es dies auf dem Weg über Salzburg getan ...« – Die Tourismuswirtschaft in der Krise | 232 |

| | |
|--|-----|
| 5.4 »Hier in Salzburg ist das Ewig-Schöne, ... all das Erhabene, das die Völker zu versöhnen und zu einigen vermag.« – Die singuläre Bedeutung der Salzburger Festspiele als Kampfansage gegen den Nationalsozialismus | 251 |
| 5.5 »Die Verchristlichung der Gesellschaft erfordert einen christlichen Staat.« – Die Forderung nach einer Rekatholisierung des Landes . . . | 264 |
| Tafeln | 281 |

TEIL II DIE BERICHTE

| | |
|--|-----|
| 1. »... ist für mich Österreich erst dann wieder vollwertige Heimat, wenn der Nationalsozialismus regiert.«. Stimmungen und Befindlichkeiten . . . | 299 |
| 2. »... und wurde im Allgemeinen die Taktik verfolgt, nur das zuzugeben, was seitens der Behörden nachgewiesen werden konnte.«. Die NSDAP . . | 386 |
| 3. »Es wird hervorgehoben, dass zwischen revolutionären Sozialisten und Kommunisten (...) praktisch kein Unterschied mehr besteht.«. Die revolutionären Sozialisten | 510 |
| 4. »... konnte festgestellt werden, dass die Tätigkeit der kommunistischen Partei im Lande Salzburg sich in sehr engen Grenzen bewegte ...«. Die KPÖ | 528 |
| 5. »Der Landesverband Salzburg verfügt nur über sehr geringe Ressourcen und ist einigermassen verschuldet.«. Der Heimatschutz | 542 |
| 6. »Sämtliche Amtswalter werden hiermit dringend ersucht ... darauf zu achten, dass die Frontmitglieder möglichst zahlreich das Abzeichen der Vaterländischen Front tragen.«. Die Vaterländische Front | 555 |
| Quellen- und Literaturverzeichnis | 567 |
| Abbildungsnachweis | 576 |
| Personenregister | 577 |

Vorwort

Das Jahr 1936 fungierte in der Geschichte des autoritären ständestaatlichen Regimes sowohl innen- wie außenpolitisch als Wendejahr. Der 1935 von Mussolinis imperialen Ambitionen motivierte Abessinienkrieg und die – ohnedies lediglich verhaltenen – Reaktionen des Völkerbundes, vor allem Frankreichs und Großbritanniens, bewirkten eine außen- und wirtschaftspolitische Hinwendung der italienischen Politik zum Deutschen Reich, die in der Achse Berlin-Rom mündete, mit erheblichen Folgen für Österreich. In diesem Bündnis der ungleichen Partner kam das faschistische Italien durch seine weitreichenden außenpolitischen und militärischen Ansprüche, die jedoch mit seinen Möglichkeiten nicht korrespondierten, in zunehmende wirtschaftliche und militärische Abhängigkeit von Berlin. Die Folge war 1936 der Rückzug Italiens von seiner bisherigen Schutzmachtfunktion für Österreich. Die sich seit dem Abessinienkrieg abzeichnende Änderung der außenpolitischen Konstellationen und der daraus resultierenden Großwetterlage wurde in Wien genau und mit zunehmender Sorge verfolgt. Da weder Großbritannien noch Frankreich zu einem, notfalls auch militärischen, Engagement zugunsten des zunehmend von einem immer aggressiver auftretenden Deutschen Reich bedrängten Österreich bereit waren, schien als Lösung der Causa Prima der österreichischen Außenpolitik, der Sicherung der Unabhängigkeit des Landes, nur die Option eines Ausgleichs mit Berlin gegeben. Mit dem Juliabkommen 1936, so schien es der überwältigenden Mehrheit der in- und ausländischen Zeitgenossen und Kommentatoren, war das Maximum des Möglichen erreicht worden. Die Mahner, die zurecht von einem »Trojanischen Pferd« des Nationalsozialismus sprachen, blieben in der Minderheit. Den österreichischen Verhandlern des Abkommens kann jedoch auch a posteriori nicht Naivität bescheinigt werden, denn sie waren sich der Probleme und Fallstricke durchaus bewusst. Man nahm sie jedoch in der Hoffnung in Kauf, mit dem bilateralen Vertrag Zeit gewonnen zu haben und dass sich in dieser die außenpolitische und damit auch sicherheitspolitische Situation wiederum zugunsten Österreichs ändern konnte. Und man hoffte, die keineswegs homogene sog. nationale Opposition in Österreich spalten und deren gemäßigten Flügel für eine Mitarbeit im Staat gewinnen zu können. Beide Hoffnungen sollten nicht in Erfüllung gehen.

Innenpolitisch gelang Bundeskanzler Kurt Schuschnigg die Eliminierung der Heimwehr aus der Bundesregierung und die Eingliederung ihrer Verbände in die Frontmiliz der Vaterländischen Front, womit die Heimwehr als innenpolitischer Faktor ausgeschaltet war. In einem weiteren Schritt wurde die Frontmiliz der Kontrolle des Bundesheeres unterstellt, das durch die Einführung der Allgemeinen

Wehrpflicht sowie der Aufrüstungsbemühungen als Reaktion auf die deutsche Außen- und Militärpolitik eine deutliche Aufwertung erfuhr. Der die Regierungspolitik über Jahre bestimmende Gegensatz zwischen Christlichsozialen und Heimwehr, die nunmehr durch die Wende der italienischen Außenpolitik auch die Rückendeckung Mussolinis verloren hatte, war damit beendet. Nur mehr die Gruppe der zum Großteil aristokratisch-konservativen und legistischen Heimwehrvertreter bildeten ab dem Jahr 1936 einen Teil des Machtapparats Schuschniggs, der sich zunehmend auf das deutlich aufgewertete Bundesheer, die Exekutive, die Bürokratie, regimetreue Verbände, den regimetreuen Kern der Vaterländischen Front, vor allem Angehörige der ehemaligen Christlichsozialen, und die Katholische Kirche stützte.

Die Vaterländische Front verfügte zwar durch den freiwilligen und unfreiwilligen Massenbeitritt über eine imponierende Zahl von Mitgliedern, konnte jedoch aufgrund ihrer Organisation von oben die in sie gesetzten Erwartungen letztlich nie erfüllen. Die große Zahl der Mitglieder machte sie noch zu keiner dynamischen Massenbewegung wie die Faschistische Partei Italiens oder die NSDAP. Trotz aller Erfolge, ihrer keineswegs zu unterschätzenden Mobilisierungsfähigkeit und allen Engagements eines Teils ihres Funktionärskaders blieb sie, jenseits eines letztlich christlichsozialen Kerns, ein politisches Kunstgebilde, dem viele nur aus ökonomischen oder sozialpolitischen Gründen beitraten, wie sich aus zahlreichen Berichten der Sicherheitsdirektionen folgern lässt und wie es die dramatischen Ereignisse bereits im unmittelbaren Vorfeld und während des Anschlusses dokumentieren sollten.

Gerhard Botz hat auf die Änderungen des ständestaatlichen Regimes hingewiesen und bezeichnete dessen letzte Phase vom Juliabkommen 1936 bis zum März 1938 als partielle Defaschisierung und ständischen Pluralismus. Parallel zum verhängnisvollen außenpolitischen »Deutschen Kurs« mit seinen innenpolitischen Auswirkungen auf das Erstarken des Nationalsozialismus verfolgte die Regierung Schuschnigg, wenn auch zögerlich und letztlich mit zu wenig Entschlusskraft, eine partielle Demokratisierung ständestaatlicher Organisationen wie der Einheitsgewerkschaft und der Sozialen Arbeitsgemeinschaft innerhalb der Vaterländischen Front. Es gehört zu der Tragödie der dramatischen Ereignisse nach dem Treffen Schuschniggs mit Hitler auf dem Obersalzberg am 12. Februar 1938, dass der Bundeskanzler, Gefangenener seiner Persönlichkeitsstruktur und seiner ideologischen Prägungen, die sich bietenden Möglichkeiten der Gewinnung der lange in oppositioneller Ablehnung und Distanz stehenden illegalen Arbeiterbewegung nur zögernd ergriff. Die Frage, ob der Dammbbruch im März 1938 in dem außenpolitisch völlig isolierten Österreich durch einen Schulterchluss mit der nunmehr ohnedies nur mehr halb illegalen Arbeiterbewegung hätte verhindert werden können, ist nur schwer zu beantworten.

Diese außen- und innenpolitischen Entwicklungslinien warfen auch ihre mächtigen Schatten auf die Salzburger Landespolitik. In der unmittelbaren Nachbarschaft

des nationalsozialistischen Wallfahrtszentrums Obersalzberg mit seinem bereits zum Mythos gewordenen Bewohner, im Sog der medial verbreiteten Strahlkraft des deutschen Wirtschafts- und Beschäftigungswunders, der außenpolitischen Erfolge des zum nationalen Heilands stilisierten Führers und vor dem Hintergrund der seit dem Beginn der Ersten Republik mentalen Wirksamkeit großdeutscher Orientierungen bei einem erheblichen Teil der Bevölkerung wurde der Kampf gegen den Nationalsozialismus zu einer kaum zu bewältigenden Sisyphos-Aufgabe. Das Repertoire der Gegenstrategien war durch finanzpolitische Parameter – die dominante Hartwährungspolitik (im Gegensatz zum Deutschen Reich mit lediglich 1 Prozent waren 38 Prozent des Notenumlaufs durch Gold- und Devisenbestände gedeckt) und das Dogma des ausgeglichenen Budgets – eingeschränkt. Die trotz aller Arbeitsbeschaffungsprogramme und staatlicher Interventionen auf dem Agrarsektor dominante Kultur der Armut bildete den Nährboden für die wachsende Attraktivität des Nationalsozialismus vor allem auch in den agrarischen Gebieten. So sehr die sommerliche Festspielstadt und ihre Festspiele die internationale Bedeutung Salzburgs hervorhoben und neben dem Sommer- und Wintertourismus als Devisenbringer fungierten, so sehr die 1935 eröffnete Großglockner Hochalpenstraße als Symbol österreichischer Ingenieurskunst medial gefeiert wurde, die durchaus erfolgreichen Bemühungen von Landeshauptmann Franz Rehr um Arbeitsbeschaffungsprogramme, die Förderung des von der Agrarkrise nach wie vor schwer getroffenen ländlichen Raums, den Ausbau der Infrastruktur und des Tourismus vermochten die Schatten der Kultur der Armut nur zu mildern, nicht zu vertreiben. Der Nationalsozialismus wurde, gefördert durch das schrittweise Zurückweichen der Bundesregierung im Juliabkommen 1936 und dem Berchtesgadener Abkommen vom Februar 1938, zur halb-illegalen Massenbewegung, die bereits ab Februar 1938 eine Art Doppelherrschaft etablierte, bevor sie – bereits vor dem Einmarsch deutscher Truppen – in den Abendstunden des 11. März die Macht ergriff.

Das im abschließenden Band der Trilogie über Salzburg 1933 bis 1938 in den Berichten der Sicherheitsdirektion publizierte Archivmaterial enthält zum Teil auch Bestände aus dem Archiv des Generalsekretariats der Vaterländischen Front, die sich im Archiv des Forschungsinstituts für politisch-historische Studien der Dr.-Wilfried-Haslauer-Bibliothek und im Archiv der Republik befinden. Sie wurden deshalb berücksichtigt, weil der die Berichte der Sicherheitsdirektion Salzburg betreffende Aktenbestand im Archiv der Republik mit Ende 1937 massiv ausdünn und zu den dramatischen Ereignissen im Februar und März 1938 gar keine Berichte vorliegen. Ob diese nach dem Anschluss »gesäubert« oder aber mit Blick auf einen möglichen Regimewechsel keine Berichte mehr verfasst wurden, lässt sich nicht mehr feststellen. Der in diesem Band publizierte Aktenbestand beruht auf den neuesten Recherchen, auch von Mitarbeitern des Archivs der Republik. Dies schließt jedoch nicht aus, dass neue, bisher unbekannte, Bestände noch gefunden werden. In diesem Zu-

sammenhang gilt mein Dank Herrn Mag. Stefan Semotan für seine Hinweise auf das Archiv der Vaterländischen Front sowie Frau Dr. Aisa Henseke, die sich der Mühe des Korrekturlesens des Manuskripts unterzogen hat.

Robert Kriechbaumer
Salzburg, im Frühjahr 2020

TEIL I
VOR SONNENUNTERGANG – HISTORISCHE
ENTWICKLUNGSLINIEN

I. »Dieser Staat ist kein Staat. Sein Volk gehört zu uns und wird zu uns kommen.«

AUSSENPOLITIK IN EINER PHASE DES ENDES DER KOLLEKTIVEN SICHERHEIT

1937 bemerkte Otto Leichter, »dass vielleicht in keinem anderen faschistischen Lande die Beziehungen zwischen außenpolitischer Konstellation und innenpolitischer Machtverteilung so unlösbar eng sind wie in Österreich.«¹ Im internationalen Kräftefeld der Staaten und ihrer Beziehungen zueinander vermögen Kleinstaaten, wenn sie im Krisenfall dem Druck einer aggressiven Großmacht ausgesetzt sind, ihre Souveränität nur durch die Rückendeckung einer anderen oder mehrerer Großmächte zu sichern. Eine solche Allianz birgt jedoch die Gefahr der Abhängigkeit von der Schutzmacht, die in der Regel nicht uneigennützig handelt, in sich. Aus dem Eigeninteresse der schützenden Großmacht resultiert die weitere Gefahr der Volatilität der Beziehung. Ändert sich die Interessenlage der Großmacht und kommt es infolgedessen zu einem Revirement ihrer Außenpolitik, verliert auch der Kleinstaat die bisher gewährte Rückendeckung. Eine, wenn auch nicht so wirkungsvolle, Alternative bildet das System einer kollektiven Sicherheit durch das Bündnis mehrerer Kleinstaaten, das – im günstigsten Fall – wiederum durch eine Großmacht als Protektor über eine machtpolitische, d. h. vor allem militärische, Rückversicherung verfügt. Den Idealfall der Sicherung der Souveränität von Kleinstaaten bildet das durch Verträge gesicherte System der kollektiven Sicherheit, das eingebundene Großmächte an klar definierte Regeln einer internationalen Rechtsordnung bindet. Die Versailler Friedenskonferenz 1919 bildete insofern einen Bruch in der Kultur der Friedensschlüsse zwischen dem Westfälischen Frieden von Münster und Osnabrück 1648 und dem Wiener Kongress 1814/15, als sie anstelle des Versuchs, »Machtungleichgewichte durch territoriale Verschiebungen auszubalancieren und sie durch Dynastien sowie die revolutionsprophylaktische Wirkung des monarchischen Prinzips einzuhegen, (...) Nationalstaat, Völkerbund und einen international abgesicherten Minderheitenschutz in den Vordergrund« rückte. Damit wurde erstmals der Anspruch manifestiert, staatliche Souveränität sowie die internationalen Beziehungen »unter Berufung auf übergeordnete Prinzipien zu durchbrechen.«² Die Hoffnungen, die mit der Versailler Friedensordnung und dem wenig später gegrün-

1 Heinrich Berger (Otto Leichter): Drei Jahre Illegalität. – In: Der Kampf 2/1937. S. 43–49. S. 45.

2 Jörn Leonhard: Der überforderte Frieden. Versailles und die Welt 1918–1923. – München 2018. S. 1265f.

deten Völkerbund verbunden waren, sollten sich jedoch nicht erfüllen. Für Europa wurde entscheidend, dass sich die USA aus ihrem weltpolitischen Engagement weitgehend zurückzogen und nicht Mitglied des Völkerbundes wurden, die Beziehungen zwischen Großbritannien und Frankreich, den Garanten der Versailler Nachkriegsordnung, von Spannungen geprägt waren, Italien, das offiziell zu den Siegermächten des Ersten Weltkrieges und letztlich, trotz der Verachtung durch Woodrow Wilson, Lloyd George und Georges Clémenceau während der Verhandlungen,³ zu den Profiteuren der Versailler Friedensordnung gehörte, von einem »verstümmelten Sieg« sprach, weil man behauptete, zu wenig gewonnen zu haben, und Deutschland in dem Frieden ein Diktat sah, das man ihm, gegen Wilsons Postulat eines gerechten Friedens, aufgezwungen hatte. Hinzu trat die emotionale Aufladung der Vertragsunterzeichnung mit einer Politik der Symbole, die in der Behandlung der deutschen Delegation deutlich wurde, der von der deutschen militärischen Führung gepflegte Mythos der Unbesiegtheit im Felde und die daraus zum politischen Kampfbegriff gewordene Dolchstoßlegende. Deutschland, das trotz Gebietsverlusten und hohen Reparationslasten nach wie vor der mächtigste Staat Kontinentaleuropas war, wurde – vor allem nach 1933 – zusammen mit dem ab 1922 faschistischen Italien zu den führenden Exponenten einer expansionistischen Revisionspolitik in Mitteleuropa, in deren Schnittpunkt sich Österreich, zumindest bis 1936, befand und die schließlich zum Ende der Versailler Friedensordnung führen sollte.

Das Juliabkommen 1936 wurde am Ballhausplatz keineswegs so optimistisch gesehen, wie die offizielle Interpretation und die dieser folgenden Verlautbarungen glauben machen wollten. Man hatte das Abkommen aufgrund der sich aus der geänderten außenpolitischen Konstellation ergebenden Notwendigkeit, nicht jedoch aus einem freien Entschluss abgeschlossen. Und man war sich der Fallstricke durchaus bewusst, hing jedoch der sich letztlich als verhängnisvolle Irrtum erweisenden Hoffnung an, diese durch eine Spaltung der nationalen Opposition entschärfen zu können. Schließlich, dies schien der größte Vorteil des Abkommens zu sein, hatte man Zeit gewonnen und hoffte auf eine zwischenzeitliche Änderung der europäischen politischen Großwetterlage. Die Intentionen Berlins zielten hingegen auf die Ent-Internationalisierung der Österreich-Frage in Richtung einer bilateralen und letztlich innerdeutschen Angelegenheit, wobei man vor allem auf britische Äußerungen setzte, sowie eine weitere Lockerung der österreichisch-italienischen Beziehungen. Die sich infolge des Abessinienkonflikts bildende Achse Berlin-Rom, die bereits die Aufgabe der bisherigen italienischen Garantie der österreichischen Unabhängigkeit – zumindest indirekt – beinhaltete, sollte in Richtung eines Bündnisses weiter ausgebaut werden, das dem Deutschen Reich in der Anschlussfrage freie Hand ließ.

3 Margaret MacMillan: Die Friedensmacher. Wie der Versailler Vertrag die Welt veränderte. – Berlin 2015. S. 371ff.

Der Ausbruch des Spanischen Bürgerkriegs am 18. Juli 1936 durch die Erhebung der Truppen General Francos in Marokko führte zu einer weiteren Festigung der sich bildenden Achse Berlin-Rom. Dabei war eine Parallele der Entscheidungsstrukturen bemerkenswert. Sowohl Mussolini, unterstützt lediglich von Ciano,⁴ wie Hitler entschieden sich gegen den Rat ihrer führenden Diplomaten und Militärs für das spanische Engagement, wobei Mussolini die ablehnende Haltung des Königs einfach ignorierte und seine Berater nicht einmal konsultierte. Die Putschisten wandten sich bereits wenige Tage später an Rom und Berlin um Hilfe und sollten sie erhalten, allerdings in unterschiedlichem Ausmaß. Mussolinis anfängliche Zusage von einigen Flugzeugen und Freiwilligenverbänden erreichte bald eine expansive Eigendynamik, sodass Ende 1937 bereits rund 70.000 weitgehend reguläre Verbände sowie eine Vielzahl von Flugzeugen sowie entsprechende Ausrüstung in Spanien im Einsatz waren. Hitler hingegen beschränkte sich auf die Entsendung der »Legion Condor«, die schließlich eine Stärke von rund 5.000 Mann erreichte und unter kriegsmäßigen Bedingungen das Zusammenwirken von Luft- und Landstreitkräften übte. Das ständig steigende Engagement Italiens in Spanien erschöpfte bereits im Laufe des Jahres 1937 dessen wirtschaftliche Möglichkeiten und bewirkte eine zunehmende Entfremdung der ohnedies seit dem Abessinienkrieg angespannten Beziehungen zu Großbritannien und Frankreich. Roms Handlungsfreiheit wurde dadurch deutlich eingeschränkt und band es, vor allem auch aufgrund der zunehmenden wirtschaftlichen Abhängigkeit – das militärische Engagement Italiens kostete 14 Milliarden Lire, das Doppelte des jährlichen Militärhaushalts des Landes, sowie ein Drittel des gesamten italienischen Kriegsmaterials –, an Berlin.

Hitler beschied in der Nacht des 25. Juli 1936 in Bayreuth den beiden Abgesandten Francos seine positive Antwort gegen den Rat und die Bedenken der Diplomaten und Militärs wie Joachim von Ribbentrops und Hermann Görings. Ribbentrop befürchtete Komplikationen mit England und Göring reagierte entsetzt, um allerdings später zum begeisterten Befürworter des deutschen Engagements zu mutieren.

Das eigentliche Motiv für die Intervention im Spanischen Bürgerkrieg ist sowohl bei Mussolini wie bei Hitler im ideologischen Bereich zu sehen. Bei beiden spielte der Antikommunismus eine zentrale Rolle, der zudem durch das Engagement der UdSSR noch seine Bestätigung erhielt. Bei Mussolini kam noch die Absicht hinzu, seine imperialen Interessen im Mittelmeer abzusichern, wobei sein abessinischer Erfolg ihn »in der grotesken Illusion bestärkt (hatte), ein genialer Condottiere zu

4 Am 24. Juli 1936 baten die Abgesandten der Aufständischen, Antonio Goicoechea und Pedro Sainz Rodríguez, unter Hinweis auf eine bereits 1934 mit Mussolini getroffene Vereinbarung Galeazzo Ciano um Intervention. (Manuel Tuñón de Lara: Strukturelle Ursachen und unmittelbare Anlässe. – In: Ders., Julio Aróstegui, Ángel Viñas, Gabriel Cardona, Josep M. Bricall: Der Spanische Bürgerkrieg. Eine Bestandsaufnahme. – Frankfurt am Main 1987. S. 7–64. S. 57).

sein und über ein effektives Heer zu verfügen.«⁵ Hitler wollte vor allem verhindern, dass Spanien mit der Etablierung einer Volksfrontregierung eine ähnliche Entwicklung wie Frankreich nahm, da dies für seine expansive Ostpolitik eine (kommunistische) Bedrohung im Rücken gewesen wäre. Wenn hingegen Franco siegte, etablierte sich in Spanien ein autoritär/semi-faschistisches Regime, womit Frankreich in eine äußerst prekäre Lage geriet. Gleichzeitig bemühte er sich um eine Allianz mit Großbritannien mit dem Argument, das Deutsche Reich sei ein Bollwerk gegen den aggressiven Bolschewismus. London solle ihm daher durch bewusste Neutralität oder indirekte Unterstützung den Rücken im Westen freihalten und ihm freie Hand im Osten gewähren. Doch die britische Regierung verweigerte sich den deutschen Avancen, weshalb Hitler verstärkt auf ein Bündnis mit Rom, das ursprünglich nur als Ergänzung zum britischen gedacht war, setzte. Am 25. Oktober erfolgte die Unterzeichnung des deutsch-italienischen Vertrags, der ein einheitliches Vorgehen in der spanischen Frage sowie die Anerkennung der Regierung Francisco Franco vorsah. Die »Achse«, so der von Mussolini am 1. November auf eine Rede in Mailand gebrauchte Terminus, war geboren. Am 30. August 1937 erklärte er in Palermo: »Man kommt nicht nach Rom unter Umgehung von Berlin oder gegen Berlin, und man kommt nicht nach Berlin unter Umgehung Roms oder gegen Rom.«⁶

Es war jedoch nicht so sehr der gemeinsame ideologische Nenner des Antibolschewismus, der beide Staaten aneinanderbinden sollte, wie Hitler dem italienischen Außenminister und Schwiegersohn Mussolini, Galeazzo Ciano, bei seiner ersten offiziellen Auslandsreise in das Deutsche Reich bei dessen Besuch auf dem Berghof am 24. Oktober 1936 erklärte, sondern ihre expansiven territorialen Interessen: Deutschland sollte sich in Osteuropa ausbreiten, Italien auf dem Balkan und im Mittelmeer bis in den Nahen Osten.⁷ Das historische Vorbild des Römischen Imperiums zumindest in einem Großteil des Mittelmeerraums als Blaupause für die Errichtung eines faschistischen Imperiums mit deutscher Rückendeckung faszinierte Mussolini

5 Giovanni de Luna: Benito Mussolini. Reinbek bei Hamburg 1978. S. 104.

6 Zit. bei Christian Goeschel: Mussolini und Hitler. Die Inszenierung einer faschistischen Allianz. – Berlin 2019. S. 91.

7 Galeazzo Ciano hatte vor seinem Besuch bei Hitler auf dem Berghof in Berlin Gespräche mit Außenminister Konstantin von Neurath geführt, die in einem anschließend veröffentlichten gemeinsamen Kommuniqué zu der bereits auf imperiale Interessensphären hindeutenden Feststellung führten, dass beide Staaten in Fragen des Donaauraums künftig gemeinsam vorgehen werden. Dies führte bei der Wiener Konferenz der Römischen Protokollstaaten vom 9. bis 12. November 1936 zur Beunruhigung Österreichs und Ungarns. Staatssekretär Guido Schmidt und der ungarische Außenminister Kálmán von Kánya protestierten gegen diese Erklärung, da vorher beide Unterzeichnerstaaten der Römischen Protokolle nicht kontaktiert worden seien und dies daher dem Geist der Verträge widerspreche. Daraufhin sicherte Ciano zu, dass in »Hinkunft bezüglich der Frage des Donaauraumes nichts ohne (...) vorherige Kenntnis« der beiden Unterzeichnerstaaten unternommen werde. (ADÖ 11/1699.)

zunehmend und ließen seine Bedenken gegenüber der Gestalt seines deutschen Pendants zurücktreten. Zusammen mit ihm und der neuen dynamischen Macht in der Mitte Europas, die die auch von ihm bekämpfte Nachkriegsordnung bereits nachhaltig verändert hatte, konnte er Geschichte schreiben und wirkliche Größe erlangen. Es war daher nur folgerichtig, dass er den deutschen Avancen, die sich in vermehrten Rom-Besuchen deutscher Politiker und öffentlichen Erklärungen Hitlers manifestierten, erlag. Im September 1936 besuchte Hans Frank, der Präsident der Akademie für Deutsches Recht, Mussolini in Rom und überbrachte ihm im Namen Hitlers eine offizielle Einladung zu einem Deutschland-Besuch. Mussolini hatte stets mit dem Argument, Italien sei ein so wichtiges Land, dass ausländische Staatsmänner ihn in Rom aufsuchen müssten, Einladungen ins Ausland abgelehnt. Hinter diesem bewusst zur Schau gestellten an die einstige Größe Roms anknüpfenden imperialen Selbstverständnis verbarg sich jedoch auch eine Unsicherheit aufgrund seiner frühen Erfahrungen als Regierungschef bei Auslandsbesuchen, vor allem bei der Locarno-Konferenz 1925, bei der er lächerlich gewirkt hatte. Doch nun akzeptierte er die Einladung unter der Bedingung, dass die zweite Begegnung mit Hitler mehr sein müsse als ein Staatsbesuch, nämlich ein Ereignis von symbolhafter Bedeutung, das die in Europa angebrochene neue (faschistische) Ära, die von der Freundschaft zweier großer Nationen getragen und geprägt sei, zum Ausdruck bringen müsse.

Als er Frank seine positive Antwort bekannt gab, konnte er sich wohl nicht mehr an eine kleine Begebenheit des Jahres 1927 erinnern, als ihn eine Bitte des Leiters der Italienischen Handelskammer in Berlin, Major Giuseppe Renzetti, erreichte, dass ein gewisser Adolf Hitler, der 37-jährige Führer der NSDAP, die damals über rund 49.000 Mitglieder verfügte, ihn aus Bewunderung über seine Person um die Ehre der Signierung eines Porträtfotos gebeten hatte. Mit großen Buchstaben hatte er damals auf den Brief geschrieben: »Gesuch abgelehnt!«⁸ Die Bewunderung des Führers der NSDAP für Mussolini war auch nach dessen Ernennung zum Reichskanzler ungebrochen. Die Gattin des italienischen Botschafters in Deutschland, Elisabetta Cerruti, berichtete vom alljährlichen Bankett des Diplomatischen Korps im Präsidentenpalais, zu dem der greise Reichspräsident Paul von Hindenburg geladen hatte und bei dem der neue Reichskanzler Adolf Hitler anwesend war. Waren bisher der italienische Botschafter und dessen Gattin meistens am Ende der Protokollliste gestanden, so geleitete sie diesmal der neue Reichskanzler als Tischnachbar zum Bankett. Sie hatte von ihrem Gatten den Auftrag bekommen, Hitler genau zu beobachten und seine Äußerungen anschließend zu berichten. Während des gesamten Essens, so Elisabetta Cerruti, habe sich Hitler in immer steigender Erregung gegen all jene geäußert, die seiner Machtergreifung im Wege gestanden seien. Er habe sich im Laufe seines Redeschwails derart in Rage gesteigert, dass seine Stimme zu-

8 Richard Collier: Mussolini. Aufstieg und Fall des Duce. – München 1983. S. 94.

nehmend in hysterisches Schreien überschlug, weshalb sie sich taktvoll bemühte, ihn zu beruhigen und die Sprache auf Mussolini brachte. Der Effekt war erstaunlich, einer magischen Beschwörung gleich. Seine Augen hätten einen sanften Glanz bekommen, seine Stimme sei tief und warm geworden und er habe gesagt: »Ich hatte zu viel Respekt vor diesem Mann. Ich wollte ihn nicht belästigen, bevor ich nicht positive Ergebnisse erzielt hatte. Aber jetzt ist es anders. Ich freue mich auf ein Treffen mit ihm!«⁹ Das folgende Treffen in Venedig im Juni 1933 verlief nicht nach den Vorstellungen Hitlers, der Duce trat ihm mit sichtlicher Distanz und als Protektor Österreichs gegenüber.

Doch in der Zwischenzeit hatten sich die Verhältnisse geändert. Der in Venedig – vor allem auch aufgrund seines Dresscodes – noch linkisch wirkende und von dem ein »Heimspiel« spielenden Gastgeber zwar freundlich, aber letztlich herablassend behandelte Reichskanzler, hatte sich in der Zwischenzeit zur dynamischsten und erfolgreichsten politischen Führungspersönlichkeit Europas entwickelt. Im Gegensatz zu Mussolini, der den imperialen Machtanspruch, zum Erstaunen der Militärs, auf Fantastereien begründete, war das Dritte Reich tatsächlich eine Militärmacht geworden, bei der zwischen Anspruch und Realität nicht Welten lagen. Mussolinis Besuch im Deutschen Reich erfolgte erst ein Jahr nach der von Frank überbrachten Einladung im September 1937. Dazwischen erfolgte noch ein Besuch Hermann Görings und seiner Frau in Rom Mitte Jänner 1937 mit einem ungewöhnlich aufmerksamen Programm seitens der italienischen Gastgeber, das Audienzen beim König und Gespräche mit Mussolini und Ciano, eine Jagd und einige Urlaubstage auf Capri einschloss. Dabei gab Göring die Erklärung ab, das Deutsche Reich sei bereit, die Brennergrenze und damit Südtirol als Teil Italiens anzuerkennen. Ferner wurde er nicht müde zu betonen, dass in Österreich, gegen den Geist des Juliabkommens, der nationale Bevölkerungsteil verfolgt und schikaniert werde, um hinzuzufügen, dass Österreich früher oder später mit dem Reich vereint werden müsse.¹⁰ Am 16. Jänner berichtete der deutsche Botschafter in Rom, Ulrich von Hassell, nach Berlin, Göring habe nach der Besprechung mit Mussolini ihm gegenüber erklärt, er habe die Frage Österreich »nur ziemlich allgemein behandelt, aber doch zum Ausdruck gebracht, dass uns Österreich einmal zufallen müsste; Mussolini habe nicht Stellung genommen, sondern sich vorbehalten, sich zu der Frage zu äußern.«¹¹ Am 30. Jänner berichtete er über ein längeres Gespräch mit Göring am 17. Jänner in der Villa Madama, bei der ihm dieser unter Bezugnahme auf sein Gespräch mit Mussolini erklärt habe, es müsse in der Österreich-Frage Klarheit geschaffen werden, »wenn die deutsch-italienische Freundschaft wirklich fest begründet werden solle, und wenn

⁹ Collins: Mussolini. S. 117.

¹⁰ Goeschel: Mussolini und Hitler. S. 90.

¹¹ ADAP Serie D I/199.

Italien darauf rechnen wolle, dass Deutschland in kritischen Stunden, wie sie sich aus der italienischen Mittelmeerpolitik ergeben könnten, zu Italien stände. Er habe dabei (...) ausdrücklich hervorgehoben, dass die Frage des Anschlusses und dergleichen nicht akut sei; ebenso habe er erklärt, dass Deutschland im Rahmen eines festen deutsch-italienischen Freundschaftsverhältnisses die Frage nur in Fühlung mit Rom aufrollen würde.«¹²

Die Äußerungen des preußischen Ministerpräsidenten und Bevollmächtigten für den Vierjahresplan lösten in der österreichischen Diplomatie Beunruhigung aus und wurden vom österreichischen Gesandten in Rom, Egon Berger-Waldenegg, in einem Gespräch mit Ciano als »Taktik der Brunnenvergiftung« charakterisiert.¹³ Ciano berichtete Berger-Waldenegg, dass Göring bei seinen Äußerungen über Österreich vorbeugend betont habe, er spreche »nur theoretisch und akademisch« und bringe lediglich »seine persönliche Auffassung zum Ausdruck (...) Dabei hat er den Gedanken entwickelt, dass der Zustand, dass ein 5 Millionen-Volk deutscher Rasse vor den Toren Deutschlands steht, ohne Einlass zu erhalten, direkt gegen jede nationale Moral ist.«¹⁴ Der österreichische Militärattaché in Rom, Oberst Emil Liebitzky berichtete am 23. Jänner 1937 vertraulich an Bundeskanzler Schuschnigg von einem Gespräch mit Mussolini, in dem eine deutlich distanziertere Haltung des Duce gegenüber Österreich zum Ausdruck gekommen sei. Man stelle, so Mussolini zur inneren Lage in Österreich, eine wachsende italienfeindliche Haltung fest. Die Österreicher würden Italien noch immer als Erbfeind betrachten. »Da müssen wir uns fragen, ob wir königlicher als der König und österreichischer als Österreicher sein sollen und dort helfen sollen, wo man unsere Hilfe gar nicht zu wollen scheint.

Die »Berliner Faktoren« sagen uns immer: Eure Politik in Österreich ist verfehlt, die Österreicher wollen Euch gar nicht! Die Mehrheit der Bevölkerung ist nationalsozialistisch und will zu Deutschland, will den »Zusammenschluss« ...« Mussolini habe zwar in weiterer Folge ein Lippenbekenntnis zur »Wacht am Brenner« abgegeben, jedoch hinzugefügt, Österreich müsse »mit Deutschland (...) zu wirklicher Klärung kommen. Die Berliner müssen den Bestand Österreichs und seine innere Unabhängigkeit klar und deutlich anerkennen und eine aufrichtige Politik machen.«¹⁵

Auf der Konferenz von Venedig am 22. und 23. April 1937, dem letzten offiziellen italienisch-österreichischen Treffen, erklärte Bundeskanzler Schuschnigg gegenüber Mussolini, die von Rom registrierte zunehmend italienfeindliche Haltung der österreichischen Bevölkerung sei von der NSDAP inszeniert, um die guten österreichisch-italienischen Beziehungen zu stören. Österreich suche mit dem Deutschen Reich

¹² Ebda. I/207.

¹³ ADÖ 11/1716.

¹⁴ Ebda.

¹⁵ ADÖ 11/1719.

gute Beziehungen, doch könne es dessen Methoden der Politik und Kulturpolitik in Österreich nicht akzeptieren. »Die Voraussetzung für gute Beziehungen Österreichs zu Deutschland bleibe die Anerkennung der Unabhängigkeit Österreichs.« Mussolini antwortete verständnisvoll, »dass Österreich die besten Beziehungen zu Deutschland nur unter der Voraussetzung pflegen kann, dass die Unabhängigkeit Österreichs restlos respektiert werde. Diese Respektierung der Unabhängigkeit sei eine *conditio sine qua non*. Österreich müsse fest auf dem Grund des Abkommens vom 11. Juli 1936 stehen (...) Bekanntlich habe die österreichische Frage den einzigen Reibungspunkt zwischen Italien und Deutschland dargestellt und er halte die von Österreich geführte Politik gegenüber Deutschland für richtig.«¹⁶ Der deutsche Botschafter Ulrich von Hassell berichtete am 24. April nach Berlin über ein Gespräch, das er mit Ciano unmittelbar nach dessen Rückkehr von den Gesprächen in Venedig führte und in dem ihm der italienische Außenminister berichtete, dass Mussolini seine österreichischen Gesprächspartner eindringlich darauf hingewiesen habe, dass es eine »Notwendigkeit« für Österreich sei, den »wichtigen Faktor, österreichischen Nationalsozialismus, zu gewinnen und einzuschalten.«¹⁷

Die Besprechung in Venedig hinterließ auf dem Ballhausplatz einen zwiespältigen Eindruck. Das Amtliche Abschlusskommuniqué erging sich in allgemeinen Formulierungen und enthielt keine einzige Passage einer Sicherheitsgarantie Italiens für Österreich, sondern nur die – durchaus gefährliche – Feststellung, dass »ohne die aktive Mitwirkung des Deutschen Reiches« eine friedliche und erfolgversprechende Entwicklung des Donauraums und damit Mitteleuropas nicht erreicht werden könne.¹⁸ Mussolini und Ciano waren in Venedig nicht über Formulierungen mit dehnbarem Interpretationsspielraum hinausgegangen. Der Palazzo Venezia war zunehmend unter den Einfluss des Palazzo Chigi geraten, wo nun Mussolinis eitler 35-jähriger Schwiegersohn Galeazzo Ciano, sehr zum Missfallen der traditionellen Beamten, als Außenminister fungierte. Böse Zungen behaupteten, nicht zu Unrecht, Mussolini habe die Ernennung seines in außenpolitischen Fragen völlig unerfahrenen Schwiegersohns nur aus Liebe zu seiner Tochter Edda vollzogen. Ciano forcierte eine aggressiv-faschistische Außenpolitik und zu deren Absicherung eine Anlehnung an Berlin. Unter seinem Einfluss spielte Rom 1937 bereits mit gezinkten Karten. Am 30. Jänner 1937 ließ nämlich der deutsche Botschafter in Rom, Ulrich von Hassell, Göring wissen, Ciano habe ihm in einem vertraulichen Gespräch erklärt, dass »das Abkommen vom 11. Juli keinen Ewigkeitswert beanspruchen könne.« Und am 14. Mai berichtete er an das Auswärtige Amt, der italienische Außenminister habe den Gedanken zurückgewiesen, dass die »österreichische Frage jemals« die

¹⁶ ADÖ 11/1746. Vgl. dazu auch ADÖ 11/1748.

¹⁷ ADAP Serie C VI/2/333.

¹⁸ ADÖ 11/1747.

»deutsch-italienische Freundschaft stören könnte.«¹⁹ Mit besonderer Aufmerksamkeit und Beunruhigung wurde in Österreich der 1937 deutlich zunehmende Strom deutscher Delegationen nach Italien registriert, u. a. erfolgte ein neuerlicher Besuch Görings sowie von Außenminister Konstantin von Neurath im April und Mai. Neurath hielt am 3. Mai in seinen Aufzeichnungen über die Unterredung mit Mussolini fest, er habe dem Duce gegenüber erklärt, dass man in Berlin »mit der Ausführung des Abkommens vom 11. Juli österreichischerseits nicht zufrieden sei. Insbesondere sei das uns gegebene Versprechen der Aufnahme nationaler Minister in das Kabinett nicht eingehalten worden. Bei der andauernd feindseligen Einstellung der österreichischen Regierung gegen die Nationalsozialisten in Österreich sei es uns schwer, diese Kreise zu beruhigen. Mussolini meinte darauf, er habe Schuschnigg darauf aufmerksam gemacht, dass er in dieser Beziehung rascher vorwärts machen müsse.«²⁰

Hitlers außen- und militärpolitische Sicht war von raum- und bevölkerungspolitischen Parametern bestimmt, deren offensiv-militärischer Charakter aufgrund seiner außenpolitischen Erfolge im Jahr 1937 immer stärker hervortrat, wie in seiner durch das Hossbach-Protokoll bekannt gewordenen Geheimrede am 5. November 1937 deutlich wurde. Um den deutschen Raum- und Rohstoffbedarf unter Berücksichtigung des noch bestehenden Rüstungsvorsprungs für die Zukunft zu sichern, müsste dieser bis spätestens 1943/45 in Ost- und Südosteuropa unter Einsatz von Gewalt gesichert werden. Sollten Großbritannien und Frankreich durch innenpolitische Krisen oder kriegerische Auseinandersetzungen im Mittelmeerraum in Anspruch genommen sein, könnte die Lösung des Problems in einem ersten Schritt in Richtung Österreich und der Tschechoslowakei auch bereits 1938 in Angriff genommen werden. Dabei wurde deutlich, dass er nicht in der klassischen großdeutschen nationalen Tradition des 19. Jahrhunderts dachte, sondern eines erheblich weiter ausgreifenden Lebensraum-Konzepts in Osteuropa. Das Nicht-Engagement Großbritanniens im Spanischen Bürgerkrieg und die nur indirekte Unterstützung der Volksfrontregierung Frankreichs für die Spanische Republik bestärkten Hitler in der Annahme, dass im Fall eines mitteleuropäischen Konflikts vor allem Großbritannien nicht intervenieren und damit auch Frankreich diesen Schritt nicht wagen würde. Bei dem zweiten, über die mitteleuropäische Sphäre hinausgehenden Schritt in Richtung Lebensraum im Osten würde Großbritannien vor der inzwischen erreichten Stärke des Reiches vor einer Intervention zurückschrecken. Am 31. Juli 1937 eröffnete Hitler das Deutsche Sängerbundfest in Breslau, an dem rund 30.000 Teilnehmer aus Österreich und der Tschechoslowakei mitwirkten, und begrüßte unter dem Jubel von 100.000 dicht gedrängten Menschen bei der »Weihestunde des Deutschen

19 Zit. bei Georg Christoph Berger-Waldenegg: Hitler, Göring, Mussolini und der »Anschluss« Österreichs an das Deutsche Reich. In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 2/2003. S. 147–182. S. 168f.

20 ADAP Serie C VI/2/350.

Sängerbundfestes« die Teilnehmer »im Namen der 68 Millionen, die innerhalb des Reiches leben«, vor allem diejenigen aus den »Gebieten, die nicht innerhalb seiner Grenzen liegen. (...) Es ist fast stets das Unglück gerade unseres Volkes gewesen, nicht politisch geeint zu sein, Millionen Deutsche leben heute außerhalb des Reiches.« Die deutsche Sprache werde nicht nur von jenen 68 Millionen gesprochen, die innerhalb des Reiches lebten, sondern von 95 Millionen.²¹ Goebbels, der Hitler begleitete, notierte am 1. August in seinem Tagebuch: »Triumphale Fahrt mit dem Führer zur Friesenwiese. 100.000 Menschen. (...) Ich rede. Kann minutenlang nicht fortfahren. Die Österreicher rufen immerfort im Sprechchor: »Ein Reich, ein Volk!« (...) Und dann redet der Führer. (...) Von ungeheuren Jubelstürmen begleitet. Die Tränen kommen einem.« Am 2. August erfolgte der Eintrag: »Um 10.30 Uhr mit dem Führer zu Fuß zum Festplatz. Der Festzug beginnt. Er dauert an die 4 Stunden, die Sonne brennt heiß, aber es herrscht eine unbeschreibliche Stimmung. Haben schon die reichsdeutschen Sänger ihrer Begeisterung Luft gemacht, so wird das geradezu phantastisch, als die Auslandsdeutschen, vor allem die Österreicher kommen. Ein Zug von jubelnden und weinenden Menschen. Wir sind alle tief ergriffen und keiner schämt sich der aufsteigenden Tränen. Es spielen sich vor dem Führer unbeschreibliche Szenen ab. (..) Wenn wir später mal über die Grenze marschieren, was wird von den heutigen Unterdrückern dieses urdeutschen Volksteils übrigbleiben? Da fällt kaum ein Schuss.« Am Abend flog Goebbels mit Hitler nach Berlin zurück, wo Hitler noch ein Gespräch im privaten Rahmen mit seinem Propagandaminister führte, der am 3. August in sein Tagebuch notierte: »Nur kalte Vernunft und nackte Interessen regieren die Weltpolitik. Danach müssen wir uns richten. In Österreich wird der Führer einmal tabula rasa machen. Hoffentlich erleben wir das alle noch. Er geht dann aufs Ganze. Dieser Staat ist kein Staat. Sein Volk gehört zu uns, und es wird zu uns kommen. Des Führers Einzug in Wien wird einmal sein stolzester Triumph werden.«²²

Ende September 1937 erfolgte der seitens der deutschen Gastgeber sorgfältig choreografierte Staatsbesuch Mussolinis mit dem Höhepunkt der gigantischen, von Lichterdomen umrahmten Massenveranstaltung auf dem Maifeld und im Olympiastadion in Berlin am 28. September, die allerdings außer Protokoll von Regengüssen begleitet wurde. Hitler hatte alles aufgeboten, um seinen Gast zu beeindrucken – mit Erfolg. Der Duce gab sich von der gebotenen Leistungsschau tief beeindruckt und geriet nunmehr seinerseits in den Bann Hitlers, dessen Durchsetzungskraft und Entschlossenheit er bewunderte und beschloss, Versatzstücke des Gebotenen zu übernehmen. So zeigte er sich bei einer Parade der Wehrmacht auf der Charlottenburger

21 Max Domarus: Hitler. Reden 1932 bis 1945. 4 Bde. München 1965. Bd. I/2. S. 711.

22 Ralf Georg Reuth (Hg.): Joseph Goebbels Tagebücher 1924–1945. 5 Bde. 2. Auf. – München/Zürich 2000. Bd. 3: 1935–1939. S. 1108ff.

Chaussee von deren Stechschritt so beeindruckt, dass er ihn auch für die italienische Armee als »Passo Romano« einführte.²³

Auf dem Ballhausplatz war man bemüht, Auskünfte über die hinter verschlossenen Türen und ohne offizielle Verlautbarungen geführten politischen Gespräche des Staatsbesuchs zu erhalten. Gesandter Stephan Tauschitz wusste jedoch lediglich zu berichten, dass nichts über den Inhalt der politischen Gespräche zu erfahren sei. Fest stehe lediglich, dass es zu keinem Vertragsabschluss und keinem Protokoll gekommen sei.²⁴ Am 2. Oktober meldete allerdings der österreichische Gesandte in Rom, Egon Berger-Waldenegg, ihm habe Ciano bei einer Aussprache über den Deutschland-Besuch Mussolinis mitgeteilt, die Achse sei »in Berlin zu Stahl geschmiedet worden.« Die österreichische Frage sei weder von Hitler noch Neurath angeschnitten worden, lediglich Göring habe »pessimistische Äußerungen über unsere Lage« gemacht. »Italienischer Außenminister sagte mir klipp und klar, dass im Verhältnis Italiens zu Österreich durch Berliner Besuch keine Änderung eingetreten ist.«²⁵ Vor allem dieser Satz war mit Skepsis zu lesen, denn Mussolini erklärte am 27. Oktober gegenüber seiner Geliebten Clara Petacci, Italien und Deutschland könnten zusammen die Welt erobern. Man sei miteinander eng verbunden, Italien stehe nicht mehr an der Seite Frankreichs und Englands.²⁶

Italien trat am 6. November auf Vorschlag Joachim von Ribbentrops dem ein Jahr zuvor geschlossenen Antikominternpakt bei und am 17. Dezember aus dem Völkerbund aus, womit die Idee der kollektiven Sicherheit und die von dieser getragene Nachkriegsordnung schwer erschüttert wurde. Hinter Cianos Bemerkung, lediglich Göring habe pessimistische Äußerungen zur Lage Österreichs gemacht, verbarg sich ein Ereignis, das Mussolini und ihn wegen seiner aggressiv-imperialen Direktheit unangenehm berührte. Der Reichsmarschall hatte in Karinhall, seinem Gut 65 km außerhalb Berlins, vor seinen Besuchern wortlos eine Europakarte ausgerollt, auf der auch Österreich – wie das Deutsche Reich – in roter Farbe angemalt war. Mussolini war sichtlich überrascht und irritiert und bemerkte, diese Darstellung der politischen Geografie sei doch wohl etwas voreilig. Göring antwortete verschmitzt und mit scheinbar unschuldiger Miene, die Karte zeige nur, »wie die Lage einmal sein wird. Und ich bin zu arm, als dass ich mir dauernd neue Landkarten kaufen könnte.«²⁷

Angesichts der zunehmenden innenpolitischen Spannungen zwischen einem mit deutscher Rückendeckung immer aggressiver auftretenden, unter dem Deckmantel des schwammigen Begriffs der »nationalen Opposition« nach der Macht strebenden

23 Walter Rauscher: Hitler und Mussolini. Macht, Krieg und Terror. – Graz/Wien/Köln 2001. S. 245.

24 ADÖ 12/1782 und 1783.

25 ADÖ 12/1786.

26 Goeschel: Mussolini und Hitler. S. 111.

27 Collier: Mussolini. S. 141.